

nämlich Hitlers unglaubliches wirtschaftliches Unverständnis in die Misere geführt hat, müßte dies nachgewiesen werden, wobei dann immer noch zu fragen wäre, wieso gerade dieser Mann zur Quelle allen Irrtums werden konnte. Interessant ist schließlich auch die Schlußbetrachtung, daß selbst bei einer optimalen Rüstungspolitik letztlich die Potentialdifferenzen zwischen den USA, der Sowjetunion und dem Dritten Reich ins Gewicht gefallen wären. Abgesehen von den methodischen Schwierigkeiten eines solchen Vergleichs der (Rüstungs-)Potentiale, stellen sich hier natürlich grundsätzliche militärpolitische und -strategische Fragen, die durch eine bloße Potentialanalyse nicht bewältigt werden können. Einer Lösung dieser Frage wird man durch die Arbeit von Frau Bagel-Bohlan nicht wesentlich näher gebracht.

Michael Geyer

Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941—45 (= Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 252 S., Folieneinband, 28 DM.

Während die Deutschlandpolitik der USA und teilweise auch die Großbritanniens während des Krieges in den letzten Jahren durch zahlreiche Monographien und Akteneditionen erschlossen worden sind und sich die wichtigen Nuancen und Akzentsetzungen inzwischen relativ genau erkennen lassen, ist die zeitgeschichtliche Forschung hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik in den Kriegsjahren — soweit sie das »Freie Frankreich« betreffen — immer noch weitgehend auf Äußerungen de Gaulles und seiner engeren Mitarbeiter verwiesen. Während durch dieses Material in den wichtigsten Fragen immerhin Umriss sichtbar werden, bleiben zentrale Beweggründe, Strategien und taktische Varianten der Deutschlandpolitik des vierten und neben den USA wichtigsten Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, nach wie vor im Dunkeln.

Die außerordentlich schwierige Quellenlage hat offenbar viele Forscher entmutigt. Die bisherigen Arbeiten zu diesem Gegenstand beleuchten entweder, wie die von B. Meissner, völkerrechtliche Aspekte oder haben (so etwa die Arbeiten von E. Deuerlein, W. Marienfeld, H.P. Schwarz und Th. Weingartner) weitgehend den Charakter von Überblicksdarstellungen. Zwar hat sich die Quellenlage inzwischen nicht prinzipiell verbessert, aber durch die sowjetischen Protokolle der alliierten Kriegskonferenzen und durch zahlreiche in der DDR erschienene Monographien und Quellenpublikationen zur Politik der emigrierten KPD-Führung immerhin so verbreitert, daß in der vorliegenden Studie von Alexander Fischer erstmals der Zusammenhang zwischen sowjetischer Politik und den politischen Nachkriegskonzeptionen der KPD systematisch untersucht und dargestellt werden konnte. Dies ist nicht das einzig Neue, das Fischers Arbeit bietet. Das beginnt schon mit dem Bericht über den harten und riskanten Poker, den Stalin im Sommer und Herbst 1941 — in einer Zeit äußerster Bedrängnis durch die noch vorwärts rollende Invasion der Hitlerarmeen — mit seinem damaligen westlichen Hauptpartner, Großbritannien, spielte. Stalin wollte nicht nur alle Landgewinne aus seinem Pakt mit Hitler garantiert wissen, sondern auch noch die Ziele erreichen, die Hitler ihm 1940 verweigert hatte: militärische und politische Kontrolle Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und der Türkei sowie Einfluß auf dem ganzen Balkan (S. 28). Als der britische Außenminister Eden Mitte Dezember 1941 nach Moskau kam, sah er sich mit noch detaillierteren sowjetischen Vorstellungen zur Nachkriegsordnung Europas konfrontiert. Sie waren von der Überlegung bestimmt, nicht nur die sowjetischen Eroberungen von 1939/40 zu behalten, sondern den Fortbestand bzw. die Wiedererrichtung der kleineren und mittleren europäischen Staaten zu sichern sowie das Deutsche Reich aufzuteilen, also nicht nur Österreich als selbständigen Staat wiederherzustellen, sondern das Rhein-

land als unabhängigen Staat oder als Protektorat loszulösen und eventuell auch ein selbständiges Bayern zu bilden (S. 30). Auf diese Weise war Stalin der erste führende Staatsmann der Alliierten, der von der Absicht sprach, Deutschland aufzuteilen. Da es auch in den folgenden Monaten keine Einigung über die Kriegsziele gab, signalisierte Stalin seinen westlichen Bündnispartnern 1942/43 mehrfach, daß er auch Alternativen zur gegenwärtigen Zusammenarbeit in Erwägung ziehe und dabei nicht einmal ein Sonderfriede mit NS-Deutschland ausgeschlossen sei. Besonders nach dem sowjetischen Sieg in Stalingrad, der die Peripetie des Krieges markierte, strebte diese »intraganteste Periode der sowjetischen Kriegsdiplomatie« (S. 42) ihrem Höhepunkt zu. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Kornejčuk, der über schwedische Diplomaten Fühler zur Vorbereitung deutsch-sowjetischer Sonderverhandlungen in Stockholm ausstreckte, stellte im Februar 1943 in der »Pravda« die unterschiedlichen Auffassungen in der Anti-Hitler-Koalition über die politische Frage heraus.

Nachdem Anfang Mai 1943 mehrtätige deutsch-sowjetische Gespräche ohne Ergebnis geblieben waren — vermutlich wegen der zu hohen Forderungen der deutschen Seite —, unternahm die sowjetische Diplomatie in der zweiten Junihälfte noch einmal »einen energischen Versuch zur Wiederannäherung an Deutschland«, als Stalin von Roosevelt erfahren hatte, an die Errichtung einer zweiten Front im Westen sei vor Frühjahr 1944 nicht zu denken (S. 43). Dieser über mehrere Kanäle — nicht nur über Stockholm, sondern über Sofia und Tokio — vorgetragene Vorstoß, der verstärkt wurde, als der sowjetischen Regierung westliche Absichten bekannt wurden, eine ihr höchst unerwünschte zweite Front auf dem Balkan zu errichten, scheiterte vor allem an der Weigerung Hitlers zu ernsthaften Verhandlungen mit Moskau. Auf die Stockholmer Kontaktgespräche soll er mit einem Wutanfall reagiert und sie als »dreiste jüdische Provokation« bezeichnet haben. Während auf hitlerdeutscher Seite die ideologische Verblendung nun völlig dominierte, hatte die sowjetische Regierung erneut ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, ideologische Gründe als flexibles Instrument zu handhaben. Die nicht ganz von der Hand zu weisende Sorge, eine letztlich über die Hitlerarmeen siegreiche, aber ausgeblutete Sowjetunion müsse dann »den blanken, von keinem Hieb abgestumpften Waffen der Westmächte entgegentreten«, wie einer der sowjetischen Unterhändler die Ernsthaftigkeit des Vorstoßes zu untermauern suchte, wurde im Rückgriff auf die Position der 1930er Jahre damit begründet, daß der einzige sozialistische Staat der »weltrevolutionären Entwicklung« eher diene, wenn er am Rande des internationalen Geschehens bleibe und zusehe, wie sich die Kräfte der kapitalistischen Staaten aneinander aufrieben (S. 44). Angesichts der totalen Borniertheit der Hitler-Regierung sah Stalin sich vorsichtig nach anderen deutschen Gesprächspartnern um. Die im Juli 1943 gegründete Bewegung »Freies Deutschland« sollte sowohl dieses Ziel — das am ehesten als Neuauflage von »Tauroggen« bezeichnet werden kann — unterstützen als auch ein Instrument für das weitere Hineinwirken in die innere Entwicklung Nachkriegsdeutschlands bilden. Denn den deutschen Kommunisten, für deren Moskauer Emigranten die befohlene Partnerschaft mit Schwarz-Weiß-Rot den »Gipfelpunkt der Selbstverleugnung« (B. Scheurig) bedeutete, hat die sowjetische Führung auch künftig nicht zugetraut, die Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen zu können. Dieses Mißtrauen, genährt durch die Erfahrungen zweier Jahrzehnte, in denen die KPD-Führung den Spitzengenossen ihrer sowjet-russischen Bruderpartei ein ums andere Mal vorgelogen hatte, die proletarische Revolution in Deutschland stünde unmittelbar bevor, war für die Politik Stalins ein Kontinuum geworden, das ihn dazu brachte, auch nach der auf der Teheraner Konferenz im November 1943 begonnenen Einigung mit den USA und Großbritannien über die Kriegsziele Alternativen in der Deutschlandpolitik bereitzuhalten. Dies schien um so notwendiger zu sein, als die KPD-Führung, die sich seit Januar 1944 mit ihren inhaltlichen, organisatorischen und propagandistischen — und deshalb vom Autor mit Recht breit analysierten — Vorbereitungen muster-schülerhaft in die vom Politbüro der KPdSU seit Dezember 1943 ausgearbeitete Konzeption

der allmählichen »volksdemokratischen« Machtübernahme der kommunistischen Parteien in allen von der Roten Armee eroberten Ländern Ost- und Mitteleuropas durch breite »antifaschistische« Bündnisse mit Sozialdemokraten und kompromißwilligen bürgerlichen Kräften einzufügen schien, einmal mehr ihre Wunschvorstellungen mit der Wirklichkeit verwechselte. Die gegen Jahresende 1944 von der KPD in Moskau unter der Federführung des Politbüromitglieds Anton Ackermann fertiggestellte Fassung des fast ein Jahr in zahlreichen Unterausschüssen beratenen »Aktionsprogramms des Blocks der kämpfenden Demokratie« (S. 108 ff.) ging nämlich von der Annahme aus, daß im Zuge des Vormarsches der Roten Armee in Deutschland die deutsche Bevölkerung sich zum aktiven Widerstand gegen das NS-Regime erheben würde. Das Gegenteil war aber der Fall. Die Verluste der Roten Armee bei den Kämpfen auf deutschem Boden gehörten zu den höchsten während des ganzen Krieges. Der als Folge dieser Fehleinschätzung gering gewordene Spielraum der Politik der KPD gegenüber der Sowjetunion fand ihren Niederschlag in den Anfang April 1945 vom Politbüro der KPD verabschiedeten »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« (S. 142), deren wesentlicher Kern von Ulbricht in dem sehr prägnanten (von Wolfgang Leonhard überlieferten) Satz zusammengefaßt wurde: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten«.

Die Zweifel Stalins an den Chancen einer breiten Massenwirksamkeit der deutschen Kommunisten in ganz Deutschland haben offenbar dazu beigetragen, daß die Verfechter einer raschen »volksdemokratischen« Lösung auf dem Teiltterritorium der SBZ schneller grünes Licht erhielten als in einigen osteuropäischen Ländern. Auch wenn der Rezensent nach wie vor meint, daß letztlich das für die Kommunisten katastrophale Ergebnis der ersten Wahlen in Ungarn und Österreich im November und Dezember 1945 hierbei den Ausschlag gegeben hat, kann Fischer für seine Auffassung, diese Entscheidung sei schon wesentlich früher gefallen, einleuchtendes Material präsentieren; so etwa eine Äußerung eines führenden Mitarbeiters der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee vom 11. September 1945, K.L. Seleznev, die den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands schon als integralen Bestandteil der sowjetischen Einflußsphäre beschrieb (S. 157).

Auch wenn angesichts der Quellenlage in solchen Fragen präzisere Datierungen wichtiger Zäsuren auch künftig kaum erreichbar sein werden, eröffnet die Studie von A. Fischer die Möglichkeit, von einer bedeutend sichereren Basis als bisher auch die sowjetische Deutschlandpolitik der folgenden Jahre zu untersuchen, nicht zuletzt auch die vier sowjetischen Noten vom Frühjahr und Sommer 1952 (in der Forschung sind bisher fast nur die ersten beiden Noten beachtet worden), hinter denen offenbar auch die Sorge des alternden Stalin stand, die deutschen Kommunisten könnten nicht einmal den von ihnen verwalteten Separatteil Deutschlands politisch stabil erhalten.

Hartmut Soell

Horst-Wilhelm Jung, Rheinland-Pfalz zwischen Antifaschismus und Antikommunismus. Zur Geschichte des Landesparlaments 1946—1948 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 32), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1976, XII, 136 S., brosch., 38 DM.

Es ist verdienstvoll, eine Studie über die Anfänge der parlamentarischen Arbeit in Rheinland-Pfalz vorzulegen. Die Entstehung und Entwicklung der Länder der französischen Besatzungszone sind bisher Stiefkind der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung gewesen. Das gleiche gilt auch für die französische Besatzungspolitik, die Parteien und Interessengruppen im südwestdeutschen Raum. Von daher fällt jeder Arbeit über die